

Aufwerten oder weiter abkoppeln? Entwicklungspolitische Arbeit in den Neuen Bundesländern

Auch 20 Jahre nach der Vereinigung sind die entwicklungspolitischen Ressourcen in Deutschland ungleich verteilt. Vereine in den Neuen Bundesländern haben historisch, strukturell, personell und institutionell einen klaren „Standortnachteil“ gegenüber Organisationen im Westen. Diese hatten zwei Dekaden länger Zeit, sich Zugänge zu staatlichen, privaten und kirchlichen Zuwendungsgebern zu sichern und entsprechende Strukturen aufzubauen. Im Osten hingegen fehlen u.a. hauptamtliche MitarbeiterInnen, um die Inhalte der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Schulen und Kommunen zu vermitteln. Vielerorts sind die einzigen entwicklungspolitischen Akteure ehrenamtliche Vereine und Gruppen.

Im folgenden Beitrag wird die ungleiche Ressourcenverteilung skizziert, einige Konsequenzen benannt und Vorschläge zur konstruktiven Umgangsweise gemacht. Zuvor soll jedoch die weitgehend unbekannt aber durchaus virulente ostdeutsche NRO-Szene beschrieben werden.

Die entwicklungspolitische NRO-Szene in den Neuen Bundesländern

Trotz der oben genannten schwierigen Ausgangsbedingungen hat sich seit der Vereinigung in den Neuen Bundesländern - von Stralsund bis nach Ilmenau, von Wernigerode bis nach Görlitz - eine vielfältige entwicklungspolitische Szene herausgebildet. Ungefähr 250 verschiedene eingetragene Vereine, Gruppen und Weltläden beantragen regelmäßig Fördermittel bei der Stiftung Nord-Süd-Brücken. Rund 80 – 90% dieser Initiativen arbeiten rein ehrenamtlich. Es gibt nur wenige fest finanzierte Arbeitsplätze in dieser Szene. Lediglich drei Organisationen, INKOTA-netzwerk e.V., arche noVa e.V. und Solidaritätsdienst-International e.V., verfügen über mehrere¹ für Entwicklungspolitik zuständige MitarbeiterInnen. Verbreiteter sind regionale Zentren wie das Ökohaus Rostock e.V., der Eine-Welt-Haus e.V. Jena oder der Eine-Welt Leipzig e.V. mit ein bis zwei Hauptamtlichen. Daneben gibt es Kompetenzzentren für die schulische Bildungsarbeit wie der Demokratie und Integration Brandenburg e.V. oder die Gesellschaft für Solidarische Entwicklungszusammenarbeit e.V. (GSE) in Berlin. Des Weiteren wirken lokale entwicklungspolitische „Leuchttürme“, die von einer hauptamtlichen Kraft (oft als Teilzeitkraft) gehalten werden. Zu nennen sind hier u.a. der AG Alternativ Handeln e.V. Torgau, Eine Welt-Haus Halle e.V., Carpus e.V. (Spreewald), Puerto Alegre e.V. (Frankfurt/Oder), Dachverein Reichenstraße (Quedlinburg), Baobab-Info-Laden e.V. (Berlin) oder der Weltblick e.V. (Greifswald). Selbst in ländlichen Peripherien wie Hohemölsen oder Haina finden sich Engagierte, die entwicklungspolitische und zivilgesellschaftliche Aktivitäten in Form eines Weltladens oder einer Partnerschaft mit einer Indigenenorganisation in Bolivien durchführen. In Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen gibt es gut funktionierende und politisch handelnde Landesnetzwerke mit insgesamt mehr als 150 Mitgliedsorganisationen. In Sachsen-Anhalt hat sich erst jüngst ein Landesnetzwerk konstituiert, erste positive Auswirkungen in Form verstärkter entwicklungspolitischer Aktivitäten sind deutlich sichtbar.

Vom Globalen Lernen bis zur antirassistischen Aufklärungsarbeit

Ostdeutsche NRO bearbeiten sämtliche entwicklungspolitische Themen und Fragestellungen, wie sie z.B. auch vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) konzeptionell propagiert werden²: Im Bereich des Globalen Lernens werden jährlich mehrere Zehntausend SchülerInnen und LehrerInnen sowie MultiplikatorInnen aus- und fortgebildet. Aspekte des Fairen Handels und Fragen der Handelsgerechtigkeit werden in den Neuen Bundesländern über die Landesnetzwerke, die ostdeutschen GruppenberaterInnen Fairer Handel sowie über das INKOTA-netzwerk e.V. an die gesellschaftliche Basis vermittelt. Zu Aspekten der Armutsbekämpfung und den Millenniumsentwicklungszielen haben in den letzten Jahren rund 50 verschiedene Vereine 150 Maßnahmen der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt. Organisationen wie z.B. Amazonas-Wald-Initiative e.V. in Dresden und die Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung e.V. (KATE) in Berlin arbeiten an den bildungspolitischen Schnittstellen von Umwelt, Klima und

¹ mehr als zwei hauptamtliche Stellen/Vollzeit

² Siehe BMZ-Konzepte 159

Entwicklung. Und schließlich: Die entwicklungspolitische Aufbauarbeit in den Neuen Bundesländern der letzten 18 Jahre ist auch demokratie- bzw. toleranzfördernd. Es gibt Vereine z.B. in Halberstadt, Quedlinburg, Hoyerswerda, Torgau und Eberswalde, deren entwicklungspolitische Arbeit – angesichts erheblicher rechtsextremer Strukturen und Mobilisierung - zugleich antirassistische Aufklärungsarbeit ist. Die unterschiedlichen Ergebnisse, Erfolge und Entwicklungen der NRO-Szene zusammenfassend zu beschreiben, ist nicht einfach. Aber eines ist klar: Verglichen mit den sehr geringen materiellen und finanziellen Inputs sind die entwicklungs- und bildungspolitischen Outputs hoch! Allein im Rahmen der Sächsischen Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage (SEBIT) werden jährlich 180 Veranstaltungen mit rund 5.500 TeilnehmerInnen umgesetzt.

Kaum bezahlte EZ-Arbeit im Osten

Der Cottbuser Verein Carpus e.V. ist ein gutes Beispiel für die chronisch schlechte Personalausstattung ostdeutscher NRO. Anderthalb Jahre lang hatte sich der jetzige Koordinator Uwe Berger mit einem weiteren Kollegen eine prekär finanzierte Stelle geteilt – 990 Euro Brutto für zwei Vollzeitstellen blieb den beiden Aktivisten. In der absolut geringen Anzahl hauptamtlich beschäftigter Personen in den ostdeutschen entwicklungspolitischen Einrichtungen und Vereinen offenbart sich der augenfälligste Unterschied zu den Strukturen in den alten Bundesländern. Zählt man - von Kap Arkona bis zum Fichtelberg - alle bezahlten Stellen zusammen, so kämen diese vermutlich komfortabel im Besprechungsraum von Brot für die Welt oder der Deutschen Welthungerhilfe unter. Schätzungen des DIE/2007 zufolge sind in Deutschland rund 3.640 Menschen³ hauptamtlich in der staatlichen und nicht-staatlichen EZ tätig. Der Anteil hauptamtlicher MitarbeiterInnen in den Neuen Bundesländern liegt dabei realistisch bei maximal zwei Prozent. Auch bei den Mitgliedsorganisationen von VENRO (ohne Entwicklungsdienste und Kirchen) wird dieser Unterschied deutlich: Laut DIE/2007 arbeiten hier 500 Hauptamtliche⁴. Gerade einmal 24 hiervon sind in den Neuen Bundesländern angestellt.

Problematisch ist auch der (bis auf Berlin) weitgehende Ausfall der Neuen Bundesländer bei der Finanzierung entwicklungspolitischer Bildungsarbeit bzw. der Finanzierung von Personalkosten. Faktisch ist dieses Problem ein bundesweites⁵: die meisten Bundesländer nehmen ihren entwicklungspolitischen Bildungsauftrag nicht wahr. Schaut man sich die absoluten Summen oder auch die Prozentanteile am Gesamtlandshaushalt an, so stellt sich die Situation in den Neuen Bundesländern noch dramatischer dar als in den meisten alten Bundesländern (mit Ausnahme von Niedersachsen und dem Saarland).⁶

Die äußerst dünne Personaldecke der ostdeutschen NRO-Szene wird im wesentlichen über den Evangelischen Entwicklungsdienst, das BMZ/ die InWent gGmbH und die Stiftung Nord-Süd-Brücken finanziert.

Deutlich geringere Spendeneinnahmen

Einzel- und Großspenden bzw. (Förder)Mitgliedschaften bilden für viele entwicklungspolitische NRO eine Ressource, um anteilig ihren Geschäftsstellenhaushalt zu finanzieren. Aber auch hier muss klar gesagt werden, dass die Situation zwischen alten und neuen Bundesländern recht unterschiedlich und die Chancen ungleich verteilt sind. Die Durchschnittsspende je Einwohner beträgt in den Neuen Bundesländern nur 61% des Bundesschnitts und lediglich 41% dessen, was in Bayern und Baden-Württemberg durchschnittlich gespendet wird.⁷ Es gibt genau vier ostdeutsche Vereine, die tatsächlich im „substanziellen Bereich“ Einzelspenden mobilisieren: Der Solidaritätsdienst-

³ Hierbei sind nur Stellen mit akademischem Abschluss berücksichtigt! Das heißt, letztlich gibt es absolut gesehen noch wesentlich mehr bezahlte Stellen (z.B. Administration, Finanzen, Technik...), während die Schätzung des 2%-igen Anteils von Hauptamtlichen in der EZ in den Neuen Bundesländern sich auf alle Stellen bezieht (und dabei unberücksichtigt lässt, wie sie tariflich bezahlt sind bzw. ob dies im wesentlichen Teiltzeitstellen sind!). Die Politischen Stiftungen sind hierbei nicht berücksichtigt.

⁴ Wieder nur mit akademischem Abschluss

⁵ siehe die Broschüre von agl/VENRO zur Entwicklungspolitik der Bundesländer, Bonn/Göttingen, 2004

⁶ siehe auch „... Denn sie wissen genau, was sie nicht tun“ Die Bundesländer stehen sich aus ihrer entwicklungspolitischen Verantwortung, Ludger Reuke & Julia Kost, Germanwatch e.V., Juni 2006

⁷ Quelle: GfK Charity Scope, 3. und 4. Quartal 2004

international (SODI e.V.)⁸, arche noVa e.V. und mit Abstrichen das INKOTA-netzwerk e.V. und OIKOS Eine Welt e.V.. Bei allen anderen – von der Stiftung Nord-Süd-Brücken Personalkosten geförderten - NRO betragen die Summen aus Einzel- und Großspenden sowie Geldbußenmarketing jährlich zwischen 3.000,- bis 20.000 Euro, in zwei Fällen um die 30.000 Euro. Um auch mal wieder ein Bild zu bemühen: sämtliche 19 durch die Stiftung Personalkosten-geförderten ostdeutschen Vereine mobilisierten 2004 nicht einmal die Hälfte (342.500 EURO) dessen, was der nach westdeutschen Maßstäben eher kleine Weltfriedensdienst e.V. (rund 746.000 EURO) mobilisierte. Rechnet man die Nothilfeorganisation arche noVa mit knapp 100.000 Euro heraus, so mobilisierten die 18 Vereine nicht einmal ein Drittel der WFD-Spenden!⁹

Entwicklungspolitische Zentren und Peripherien

Das entwicklungspolitische West-Ost-Gefälle macht sich nicht nur an der Finanzierung von Personalstellen fest. Vielmehr sind die „entwicklungspolitischen Infrastrukturen“ unterschiedlich stark ausgebildet. Bonn und Berlin sind zweifellos die Zentren der staatlichen und nicht-staatlichen EZ. Aber auch in Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, Stuttgart und München gibt es laut der InWEnt-Datenbank „INSTDOK“ nennenswerte entwicklungspolitische Strukturen. „INSTDOK listet immerhin 327 Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland. Außerhalb von Berlin werden jedoch in ostdeutschen Städten keinerlei tatsächliche entwicklungspolitische Einrichtungen aufgeführt!¹⁰ Eindrucksvoll sind auch die folgenden Zahlen: Lediglich sechs der 116 VENRO-Mitgliedsorganisationen kommen aus den Neuen Bundesländern. Während VENRO-Organisationen an insgesamt 52 verschiedenen Orten in Deutschland ansässig und aktiv sind, sind sie es in den Neuen Bundesländern (abgesehen von Berlin) nur in Potsdam. Faktisch bedeutet dies, das VENRO die NRO-Szene in den Neuen Bundesländern nicht vertreten bzw. repräsentieren kann!¹¹ Auch die staatlichen Vorfeldorganisationen sind in den neuen Bundesländern nicht wirklich präsent oder setzen dort entwicklungspolitische Akzente. Es gibt zwar die Regionalen Zentren von InWEnt, die aber im Falle von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg von Hamburg bzw. Berlin „mitbetreut“ werden. Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) ist mit seinem Schulprogramm in Berlin tätig, des weiteren gibt es eine Regionale Bildungsstätte „Mitteldeutschland“ in Jena. Relativ gut angenommen werden die InWEnt-geführten Austausch-Programme ASA und ENSA. Die großen Hilfswerke und „Tanker“ der Entwicklungspolitik bedienen nur sehr oberflächlich (z.B. durch Materialversendung) den entwicklungspolitischen Aufklärungsbedarf in den Neuen Bundesländern. So sind z.B. nur neun der 136 Mitgliedsgruppen von terre des hommes in Ostdeutschland. Die Welthungerhilfe macht – laut interner Aussage – eindeutig mehr entwicklungspolitische Bildungsarbeit in den alten Bundesländern.

Leerstellen in der entwicklungspolitischen Kommunikation

Sowohl die Stiftung Nord-Süd-Brücken als auch ostdeutsche NRO nehmen wahr, dass es in der entwicklungspolitischen Kommunikation deutliche Leerstellen gibt: Es finden so gut wie keine großen entwicklungspolitischen Konferenzen in den Neuen Bundesländern statt und bei großen Veranstaltungen sind ostdeutsche Akteure stets hoffnungslos unterrepräsentiert. Viele entwicklungspolitische Kampagnen gehen schlichtweg an den neuen Bundesländern vorbei. Die entwicklungspolitische Publizistik, aber auch die vielen überregionalen Newsletter nehmen kaum Impulse, Veranstaltungen und Entwicklungen ostdeutscher Akteure auf oder berichten darüber. Allein das INKOTA-netzwerk schafft es, sich bundesweit Gehör und Aufmerksamkeit zu verschaffen, einzig der Inkota-Brief ist ein im Westen anerkanntes entwicklungspolitisches Produkt „Made in East-Germany“. Und unter den vom BMZ empfohlenen 40 Internetseiten von Institutionen, die „interessante Informationen zur Entwicklungszusammenarbeit bereithalten“, findet sich keine Organisation mit Sitz in den Neuen Bundesländern.

⁸ Bei SODI e.V. wurden nur die Geldspenden und keine Sachspenden berücksichtigt.

⁹ siehe auch Dorothea Giesche, Evaluierung der Personalkostenförderung der Stiftung Nord-Süd-Brücken 2003-2006, Seite 75 bzw. WFD-Jahresbericht 2004

¹⁰ Abgesehen von 2 Forschungsinstituten in Potsdam, der Friedrich-Naumann-Stiftung (Potsdam), vier Uni-Einrichtungen in Leipzig und dem Umweltbundesamt in Dessau.

¹¹ Wenngleich die VENRO-Mitglieder agl, Inkota-Netzwerk, SODI und Stiftung Nord-Süd-Brücken natürlich in die Neuen Bundesländer reinwirken.

Für all dies gibt es viele Gründe, und einige haben auch mit den ostdeutschen Vereinen zu tun, die es nicht schaffen oder wollen, über den eigenen Tellerrand zu schauen bzw. sich an überregionalen Initiativen zu beteiligen. Aber, gleichzeitig dienen diese Beschreibungen auch als „weicher Indikator“ für die strukturelle entwicklungspolitische Unterversorgung und auch für eine gewisse Ignoranz.

Warum die ostdeutsche NRO-Szene stärken?

Viele der genannten Punkte gelten natürlich auch für vergleichbare Vereine in den alten Bundesländern. Auch dort wird unter schwierigen Bedingungen gute Arbeit gemacht. Die dortigen Probleme und Herausforderungen sollen nicht negiert werden, mittelfristig muss natürlich die NRO-Szene bundesweit über VENRO gestärkt werden. Dennoch gibt es bei allen Gemeinsamkeiten der Szenen einen relevanten Unterschied: Im Westen arbeiten in vielen Städten verschiedene entwicklungspolitische Strukturen nebeneinander und strahlen in die Peripherien aus. Im Osten sind es in „Abwesenheit“ staatlicher, großer nicht-staatlicher und kirchlicher entwicklungspolitischer Strukturen vor allem die ostdeutschen NRO, die eine notwendige und gewünschte entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit umsetzen! Daneben erfüllen die NRO und Vereine noch weitere Aufgaben bzw. begegnen Herausforderungen, die als spezifisch für die Neuen Bundesländer angesehen werden müssen: In einem Umfeld vielfältiger sozialer, wirtschaftlicher und privater Verunsicherung tragen sie zu Wertevermittlung, bürgerschaftlichem Engagement, Toleranz- und Demokratieförderung bei und wirken antirassistisch und interkulturell.

Will man im Osten eine „bildungspolitische Notversorgung“ absichern, so bleibt kurzfristig nur eine Erfolg versprechende Option: Die ostdeutsche NRO-Szene, die vor Ort und auch im ländlichen Raum qualitativ gute Arbeit macht und unterschiedliche Zielgruppen erreicht, muss strukturell und finanziell gestärkt werden. So wird es ihr möglich sein, entwicklungs- und bildungspolitische Inhalte und Themen konstant zu bearbeiten, diese an Teilöffentlichkeiten und gesellschaftliche Gruppen zu vermitteln und bei einigen Zielgruppen eine Handlungsorientierung zu erreichen.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit muss vom Staat finanziert werden

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit wird sich nie selbst finanzieren, geschweige denn betriebswirtschaftlich tragen können. All die Ahnungslosen, die so etwas fordern, können nicht im Ansatz die Frage beantworten, wie dies aussehen oder funktionieren könnte! Bildung ist staatliche Aufgabe und muss dementsprechend auch langfristig vom Staat finanziert werden. Da Bildungsarbeit personalintensiv und weniger projektkostenintensiv ist, müssen hier vor allem entstehende Personalkosten finanziert und mittelfristig abgesichert werden.

Hier muss sich das BMZ, das bei diesem Thema offener und progressiver erscheint als die Länder, zuvorderst engagieren. In einem zweiten Schritt müssen die Bundesländer überzeugt werden, im Rahmen der föderalen Aufgabenteilung die entwicklungspolitische Bildungsarbeit zu kofinanzieren. Ob allerdings der Ministerpräsidentenbeschluss, der am 24.10.08 in Dresden zur Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet wurde, eine gute Basis ist, darf bezweifelt werden.¹² Drittens geht es darum, weitere private wie kirchliche Geldgeber von der Notwendigkeit der Finanzierung entwicklungspolitischer Strukturen und Personalstellen in den Neuen Bundesländern zu überzeugen. Große Hilfswerke aber auch Zusammenschlüsse wie das Bündnis „Entwicklung hilft“ könnten Partnerschaften zur Finanzierung der Inlandsarbeit in den östlichen Bundesländern übernehmen.

Vielleicht macht es Sinn, 15 Jahre nach dem letzten Entwicklungspolitischen Runden Tisch wieder einen solchen einzuberufen (und diesen weit nach Westen zu öffnen), um die Finanzierungsfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Wird hingegen nichts unternommen, so zerfällt in den nächsten Jahre die überstrapazierte und teilweise frustrierte bzw. resignierte NRO-Szene - und der Osten wird entwicklungspolitisch weiter abgekoppelt bzw. ganz und gar aufgegeben.

Andreas Rosen,
Stiftung Nord-Süd-Brücken

¹² Der Punkt Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit taucht beim TOP 4 „Entwicklungszusammenarbeit“ ganz am Ende auf und ist recht allgemein gehalten. Konkret heisst es dort: Einer gemeinsam getragenen und breit angelegten entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit im schulischen und außerschulischen Sektor kommt eine große Bedeutung zu.